

schaft beschäftigen; mit dem demoskopischen Material im Hintergrund sicher ein sehr wichtiges Thema. Es fragt sich aber, ob die Aufgabe einer solchen Kommission nicht besser innerhalb der eigentlichen pastoralen Instanzen der Kirche geleistet werden müßte. Besteht der Pastoralauftrag eines Gremiums wie des ZdK denn nicht eigentlich darin, der kirchlichen Pastoral die diversen profanen Fragen anregend oder auch korrigierend zuzuführen, anstatt selbst Pastoraltheologie und -soziologie zu treiben? Jetzt entsteht der Eindruck, es behandle derselbe Personenkreis an zwei oder drei verschiedenen Stellen dasselbe Thema und dasselbe Material.

Noch ist nicht auszumachen, wieweit der organisierte Katholizismus nach Abschluß der Synode gesellschaftspolitisch wieder zur vollen Verantwortung findet. Im Referat von Vogel waren solche Ansätze nur undeutlich zu erkennen, institutionell könnten die Kommissionen ein neuer Ansatz sein. Was sie sachlich erbringen, ob sie die drängenden staats- und gesellschaftspolitischen Themen nicht nur aufgreifen, sondern auch mittragen können, wird sich noch erweisen. Einstweilen fällt die breite Auffächerung auf, aber ebenso die schmale, nur in Nuancen sich ändernde personelle Basis.

Schon an der Schwelle zum „nachpluralistischen“ Zeitalter?

Wie sich die deutschen Katholiken in ihren Gremien und Verbänden in der nachsynodalen Phase gesellschaftlich orientieren, darüber könnte vielleicht der Katholikentag 1978 in Freiburg Auskunft geben. Der geistliche Assistent beim ZdK und neue Bischof von Aachen, Prof. Klaus Hemmerle, beschäftigte sich in einem ersten Vorblick mit der möglichen Thematik. Er zog in geistreicher Umschreibung den Schluß: Das Thema müsse ein anthropologisches sein, der Mensch müsse im Mittelpunkt stehen, nicht der Mensch schlechthin, sondern der Mensch, der an der Schwelle

eines „nachpluralistischen“ Zeitalters nach Halt- und Zielpunkten, nach Bindung und Verbindlichkeit sucht. Das Thema Bildung nannte Hemmerle nur nebenbei. Offenbar gibt es aber im ZdK und bei der katholischen Bildungslobby dafür eine starke Präferenz. Ob sich dieses Thema überhaupt nach Art eines „menschlichen Katholikentages“ (Hemmerle) entfalten läßt und Ort und Zeitpunkt dafür richtig liegen? Hemmerle nannte auch die Themen Familie und die „internationale Dimension“. Wahrscheinlich gehören alle drei als Schwerpunkte und perspektivische Linien zusammen. Man braucht das

erste gerade unter dem Blickpunkt Erziehung nicht zu vernachlässigen, sollte das zweite nicht auf Sparflamme setzen, nur weil es in der Kirche manchen Angst macht, und kann das dritte unbesehen mehr zum Wie als zum Was der Thematik machen. Wichtig wird sein, daß das Christsein als „Welt- und Heildienst“ — darüber hielt Hemmerle ein separates Referat —, als Einheit in all ihren Spannungen zur Darstellung kommt. Mit dem Übergang in das nachpluralistische Zeitalter hat es indessen noch Zeit. Allzu viele haben ihre Pluralismuslektion noch nicht gelernt.

D. A. S.

Die Tagung der EKD-Synode in Freiburg

Die diesjährige Tagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland fand vom 2. bis 8. November in Freiburg statt. Die 120 Synodalen aus 22 Gliedkirchen hatten sich nicht nur mit einer Reihe von innerkirchlichen Fragen von der Finanzlage bis zur Mission sowie einer Fülle von Stellungnahmen zu aktuellen Problemen zu befassen, sondern auch — unter dem Titel „Kirche zwischen Auftrag und Erwartungen“ — mit dem schwierigen Kapitel Volkskirche (vgl. HK, Februar 1974, 61 ff.). Letzere war sogar als „Hauptthema“ gedacht. Den Kirchenparlamentariern lagen dazu Papiere des Rates der EKD und seines synodalen Vorbereitungsausschusses vor. Im Lauf der sechstägigen Sitzung stellte sich freilich heraus, daß sich die Synode damit übernommen hatte — was bei der Fülle der sonst noch zu behandelnden Tagesordnungspunkte auch nicht anders zu erwarten war.

Die EKD muß sparen

Angesichts der Tatsache, daß die *Mindereinnahmen* im laufenden Jahr für die einzelnen Landeskirchen *zwischen 5 und 25%* liegen, mußte auch die finanzielle Lage der EKD eine Rolle

spielen. Oberkirchenrat *Werner Hofmann* (München) kündigte an, daß der Haushaltsplan 1976 Einsparungen und Verzicht auf geplante Ausgabenerhöhungen einschließt. So macht die Finanzlage die vorgesehene Errichtung einer Zentralstelle für gottesdienstliche Fragen vorerst unmöglich, das Projekt mußte vertagt werden. Die Zuweisungen für die Jugendarbeit (auch für die ESG) werden reduziert, die Ausgaben für Familien-, Arbeitnehmer- und Industriefragen auf dem gegenwärtigen Stand eingefroren. Nicht erhöht wurden auch der Beitrag der EKD für den noch tiefer in finanziellen Nöten stehenden Ökumenischen Rat. Dagegen wurden 4 Millionen DM zur Verfügung gestellt, um das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“ dem deutschen Protestantismus erhalten zu können — ein Faktum, das sicher auch im katholischen Bereich beachtet werden wird.

Recht ausführliche Debatten gab es zur Frage der *Personalkosten*. Grundsätzlich war man sich zunächst einig, daß von der Angleichung an das Gehalts- und Vergütungssystem der öffentlichen Hand nur abgewichen werden sollte, wenn alle anderen Einsparungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind (wozu auch

die „Sperrung“ von Stellen zählt). Trotzdem wurde ein Antrag eingebracht, der die Streichung der Ministerialzulage für die in den Dienststellen der EKD Beschäftigten vorsah. In der Debatte darüber wurde von der einen Seite das Argument vorgetragen, kirchliche Mitarbeiter müssten in der gegenwärtig allgemein angespannten Finanzlage mit gutem Beispiel vorangehen und ein Zeichen des Verzichts setzen, die andere Seite konnte sich nicht mit dem Gedanken anfreunden, daß die Synode durch Beschluß Mitarbeitern Opferbereitschaft verordnen sollte, ohne vorher mit den Betroffenen verhandelt zu haben. Der Antrag wurde schließlich angenommen. Daraufhin erhob der Rat der EKD unter Berufung auf die Grundordnung der EKD Einspruch gegen den Beschluß und forderte die Synode auf, im Kontakt mit den Mitgliedskirchen eine Regelung der Besoldungsfrage zu finden.

Es versteht sich, daß auch für die *diakonische Arbeit der Kirche* das finanzielle Klima rauher geworden ist. Dabei ist die Diakonie von mehreren Fakten gleichzeitig betroffen: vom Rückgang der kirchlichen Einnahmen und der staatlichen Sozialausgaben einerseits, von Lohnsteigerungen und neuen Auflagen des Gesetzgebers für soziale Einrichtungen andererseits. Der Präsident des Diakonischen Werkes, *Theodor Schober*, bezeichnete es deswegen als die Aufgabe der nächsten Zeit, den gegenwärtigen Stand der Diakonie zu halten. Die Zeit nennenswerter Ausweitungen sei abgeschlossen. Dagegen veranschlagte er die Möglichkeit von Einsparungen gering, weil sie gerade die von den Folgeerscheinungen der Rezession besonders Betroffenen noch einmal zusätzlich treffen würden. Schober sah aber auch mögliche heilsame Wirkungen der mißlichen Finanzlage: es ergebe sich mehr als bisher der Zwang, sich um ehrenamtliche Mitarbeiter zu bemühen (vgl. ds. Heft S. 613), und der Staat müsse sich überlegen, ob er nicht die freien Wohlfahrtsverbände, die auch in schwieriger Situation uneingeschränkt ihr soziales Engagement wahrnehmen, mehr als

bisher an der Planung sozialer Maßnahmen beteiligen müsse.

Die Synode verabschiedete das Kirchengesetz, das die Fusion von Innerer Mission und Evangelischem Hilfswerk im Diakonischen Werk rechtlich abschließt. Wie der Caritasverband wird das Diakonische Werk die Rechtsgestalt eines eingetragenen Vereins haben. Ferner sprach sich die Synode für eine verstärkte Bemühung um die berufliche Förderung Schwerbehinderter aus und forderte die Gemeinden und alle zuständigen Stellen auf, sich der im Zusammenhang der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit vor allem für ausländische und jugendliche Arbeitnehmer entstehenden Probleme anzunehmen. Gleichzeitig rief die Synode dazu auf, trotz der Probleme im eigenen Land den „fernen Nächsten“ nicht zu vergessen. Die Gliedkirchen wurden gebeten, sowohl ihre Beiträge zum kirchlichen Entwicklungsdienst wie zum Programm „Kirchen helfen Kirchen“ unverkürzt aufrechtzuerhalten. In diesem Zusammenhang ist noch zu vermerken, daß die Synode durch Gesetz dem am 19. September 1975 gegründeten Evangelischen Missionswerk, das die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Weltmission ablöst, die rechtliche Basis gegeben hat.

Wenig Neues zum Thema Volkskirche

Zur Behandlung des Hauptthemas lag den Synodalen teils beruhigendes, teils aufregendes Zahlenmaterial vor. Die Kirchenaustritte erreichten im Jahr 1974 ein Ausmaß wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg, mit 215 000 bewegen sie sich in der Größenordnung einer ganzen Großstadt. Seit März dieses Jahres gehen die Austritte allerdings erheblich zurück. Unverändert werden im Bundesdurchschnitt zwischen 98 und 99% der evangelischen Kinder getauft, wobei die Lage in den städtischen Ballungsgebieten offenbar völlig aus dem sonstigen Rahmen fällt (vgl. HK, September 1975, 428 ff.). Bischof *Hans-Otto Wölber* sprach davon, daß in Hamburg nicht einmal mehr die Hälfte

der Kinder getauft wird. Neuere Meinungsbefragungen haben andererseits ergeben, daß trotz der Ferne der Mehrzahl der deutschen Protestanten zur konkreten Kirche und zum Gottesdienst noch für 84% von ihnen ein Kirchenaustritt nicht in Frage kommt. Überdies erklärten 85%, sie hätten einen guten Eindruck vom Pfarrer (vgl. *Helmut Hild* [Hrsg.], *Wie stabil ist die Kirche?*, Gelnhausen-Berlin 1974). Die Frage war, was die Kirche mit diesem widersprüchlichen Befund anfangen soll. Der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof *Helmut Claß*, meinte, es sei an der Zeit, „in einer Art ‚Umkehrung der Expansion‘ die Kräfte stärker als bisher auf den geistlichen Aufbau der Gemeinden zu legen“. Nur eine profiliertere evangelische „Spiritualität“ ermögliche es der Kirche, den Weg zwischen Traditionalismus und Aktualismus zu finden und „den Alltag mit den Wertvorstellungen des Evangeliums zu durchdringen“. Das heißt, die Zeugniskraft der Kirche hängt davon ab, inwieweit sie sich auf ihre Mitte konzentriert und von ihr her lebt. Dazu ist aber offensichtlich kein Rückzug von der Volkskirche in die „Freiwilligkeitskirche bekennender Christen“ notwendig.

In dem der Synode vorgelegten „Arbeitsergebnis“ des Rates der EKD wurde die Alternative „Volkskirche oder Bekenntniskirche“ ausdrücklich als falsch zurückgewiesen. Für den Rat sind „latentes Christentum“ und „distanzierte Mitgliedschaft“ nicht als Defizit, sondern als Chance zu begreifen. Als „die Kirche aller“ sei die Kirche „Kirche für andere“. Sie könne zwar ihren Auftrag, der ihr von ihrem Herrn vorgegeben sei, nicht von den in sie — von ihren mehr oder weniger distanzierenden Mitgliedern — gesetzten Erwartungen bestimmen lassen, sie müsse aber diese Erwartungen aufnehmen und ihrem Auftrag gemäß erfüllen. Ein volkskirchliches Grundproblem sprach der Text ganz klar aus: es ist schwer für die Kirche, „eindeutig zu sprechen, wenn sie für alle sprechen will. Und wenn sie eindeutig sprechen muß, wird sie kaum von allen verstanden werden.“

Wie schwierig eindeutige gemeinsame Aussagen zu finden sind, zeigten einmal mehr die Diskussionen der Synode. Zwei zu den vorliegenden Arbeitspapieren zum Hauptthema eingebrachte Stellungnahmen bezogen ganz unterschiedliche Standpunkte: die eine betonte vor allem, die Kirche müsse deutlich machen, daß sie nicht „von dieser Welt“ sei, die andere, daß sie „für diese Welt“ da sei. Während die einen dazu aufforderten, alle Chancen des nach wie vor unbezweifelten volk-kirchlichen Status wahrzunehmen, konstataren andere, der Übergang zur Minderheitenkirche sei faktisch bereits im Gange. Diese Meinungsverschiedenheiten kamen auch zum Tragen, als es darum ging, einen Text der Synode zum Hauptthema zu erstellen und zu verabschieden. Für die Mehrzahl der Synodalen sollte wohl in erster Linie ein Wort an die Gemeinden gerichtet werden; eine nicht unerhebliche Zahl von Synodalen erwartete dagegen gerade eine Aussage, die volk-kirchlich rezipierbar ist, die also nicht nur Insider verstehen.

Schließlich einigte man sich auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Da man eingesehen hatte, daß man Gewichtiges über die Problematik der Volkskirche in der Kürze der Zeit nicht ausarbeiten, geschweige denn einen Konsens darüber herbeiführen konnte, man aber andererseits sich nicht dazu verstehen mochte, mit einer bloßen Absichtserklärung zur Weiterarbeit an dieser Sache auseinanderzugehen, wurde mit großer Mehrheit ein theologischer Text verabschiedet, der „die Protestanten ohne Antwort läßt“ (vgl. FAZ, 8. 11. 75). Er wurde vom theologischen Synodalausschuß („Schrift und Verkündigung“) unter maßgeblicher Beteiligung des Tübinger Systematikers *Eberhard Jüngel* ausgearbeitet. Das „*Einladung zum Gespräch*“ betitelte Papier versucht, von Gott und seinem Kommen in Jesus Christus her den Auftrag der Kirche zu bestimmen und ihre heutige Situation zu qualifizieren, tut das aber in einer esoterisch-frommen Theologendiktion, die es von vornherein im Kontext Volkskirche (und nicht nur da) disqualifiziert. Ein

Synodaler, der von „religiösem Kitsch“ sprach, fand ebensowenig Gehör, wie sich die Prognose eines führenden Bischofs bestätigte, die Synode werde *diesen* Text nicht verabschieden.

Votum für die Polen-Verträge

Zu eindeutigen Aussagen kamen die Synodalen dagegen in den Fragen, für die der Ausschuß „Kirche, Gesellschaft und Staat“ federführend war. Die meiste Publizität erreichte dabei die Erklärung, mit der die Synode die politisch Verantwortlichen in Bundestag und Bundesrat aufforderte, die Verträge mit Polen „nicht scheitern zu lassen“. Die Synode entschloß sich zu dieser Parteinahme „bei voller Würdigung aller gegen die Vereinbarungen vorgebrachten Bedenken“ in der Überzeugung, daß Annahme oder Ablehnung der ausgehandelten Verträge und Protokolle „entscheidenden Einfluß“ darauf haben, ob Deutsche und Polen auf dem Weg der Versöhnung vorankommen oder ob das deutsch-polnische Verhältnis schwer belastet wird. Da in dem Text nicht die Annahme der Verträge empfohlen, sondern nur die Bitte ausgesprochen wird, sie *nicht scheitern zu lassen*, desavouiert er auch die CDU-Abgeordneten nicht, die im Bundestag mit Nein stimmen — unter der Voraussetzung, daß der Bundesrat das Vertragswerk passieren läßt. Das vom „Spiegel“ (3. 11. 75) verbreitete Gerücht, *Helmut Kohl* habe dem Bevollmächtigten der EKD in Bonn, Bischof *Hermann Kunst*, in einem Brief versichert, die CDU werde die Verträge im Bundesrat nicht zu Fall bringen, wurde in einer offiziellen Erklärung vom EKD-Sprecher als gegenstandslos zurückgewiesen.

In der Debatte um die Polen-Erklärung wurden von einigen Synodalen noch einmal die Argumente angeführt, die seit Jahren gegen politische Partei ergreifende Stellungnahmen der Kirche vorgebracht werden: man politisiere und polarisiere die Kirche, sie habe kein Mandat zum Eingreifen in innen- und außenpolitische Angelegen-

heiten (Bischof Wölber: „Ich habe kein Wort Gottes dafür“). Die besondere Qualität der deutsch-polnischen Beziehungen, die humanitäre Bedeutung der Verträge und ihre positive Bewertung auch durch Abgeordnete der CDU haben schließlich zu einer breiten Zustimmung der Synode zur Polen-Erklärung geführt. Sie wurde bei 13 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen angenommen.

Bundeskanzler *Helmut Schmidt* (der eigens zu einem Grußwort angereist war), selbst ehemaliger Synodaler der Hamburgischen Landeskirche, dankte der EKD für die Hilfe bei der Verständigung mit den östlichen Nachbarn, kam aber auf dieses Thema bei seiner Rede vor der Synode sonst nicht zu sprechen. Er wiederholte sein schon anderwärts abgelegtes Bekenntnis zur Volkskirche und ersuchte die Kirche, bei der Bewahrung von Werten zu helfen, aber auch die eigenen Wertvorstellungen jeweils kritisch mit dem Stand des sittlichen Bewußtseins zu konfrontieren und auf ihre Aktualität zu überprüfen. Mit seiner zweiten Forderung leistete der Kanzler dem Mißverständnis (das seine erste Forderung implizit gerade abwehrte) Vorschub, es müsse der Kirche darum gehen, sich jeweils auf das Niveau des sittlichen Bewußtseins zu bringen, das von der gerade regierenden Mehrheit formuliert wird.

Gerade rechtzeitig vor dem „Offenbarungseid“ der UNO faßte die Synode einen Beschluß, der die Bundesregierung und ihre internationalen Vertretungen ermutigt, der Gleichsetzung von *Zionismus und Rassismus* und einer falschen Interpretation des Nahost-Konflikts entgegenzutreten. Der Rat der EKD wird gebeten, durch die Studienkommission „Kirche und Judentum“ eine Verständnishilfe über die Problematik des Zionismus erarbeiten zu lassen. Ferner wurde der Rat einstimmig aufgefordert, sich mit einem Antrag zu befassen, der die Errichtung einer *Jugendbegegnungsstätte bei Auschwitz* durch die Aktion Sühnezeichen (zusammen mit polnischen Stellen) vorsieht.

Das Thema „*Radikalenerlaß*“, das ja

in der evangelischen Kirche schon vielfach zu Auseinandersetzungen geführt hat (vgl. HK, Juni 1975, 265 ff.), wurde zwar im zuständigen Ausschuß behandelt, es gab aber dazu keinen Synodenbeschluß. Vielleicht hätte sich

gerade an diesem Punkt gezeigt, wie die EKD die Spannung zwischen politischer Vernunft und dem Geist der Bergpredigt „bewältigt“ — und sich darin als Volkskirche bewährt.

H. G. K.

Das Symposium der europäischen Bischofskonferenzen in Rom

Vom 14. bis 18. Oktober fand in Rom ein Symposium der europäischen Bischofskonferenzen zum Thema „Die Sendung des Bischofs im Dienst am Glauben“ statt. Es handelte sich um die dritte Veranstaltung dieser Art, nachdem im Jahr 1967 in Noordwijkerhout über „nachkonziliare diözesane Strukturen“ (vgl. HK, August 1967, 354 f.) und 1969 in Chur über „Dienst und Leben der Priester“ (vgl. HK, August 1969, 349 ff.) verhandelt worden war. Der Beschluß, im Rahmen des Heiligen Jahres unter der Thematik des Bischofsamtes in Rom zusammenzukommen, war im Oktober 1973 bei der 3. Vollversammlung des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen gefaßt worden. Dieser Rat, der in seinen Ursprüngen auf Kontakte zwischen den Präsidenten der europäischen Bischofskonferenzen während der letzten Konzils-Session zurückgeht, besteht seit 1971. Er umfaßt 23 Mitglieder, sein Präsident ist derzeit der — inzwischen auch zum Vorsitzenden der französischen Bischofskonferenz gewählte — Erzbischof von Marseille, *Roger Etchegaray*, sein Sekretär der Bischofsvikar in Chur, *Alois Sustar*. Die Vollversammlung tritt jeden Herbst in Rom zusammen, außerdem findet jährlich eine offizielle Begegnung zwischen einer Delegation und der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) statt.

Auch in diesem Jahr tagte der Rat unmittelbar vor Beginn des Symposiums am 13. und 14. Oktober im vatikanischen Palazzo S. Carlo. Man befaßte sich unter anderem mit der Lage des Ökumenismus in Europa, dem Nordirland-Problem und mit der Aufgaben-

stellung für verschiedene Studienkommissionen zu den Fragen des Laien und des priesterlichen Dienstes in der Kirche sowie der kirchlichen Katechese.

Selbstreflexion unter Ausschluß der Öffentlichkeit

Am Symposium nahmen fast 80 Bischöfe aus 24 europäischen Ländern teil, daneben eine Gruppe von 10 Theologen (darunter die Deutschen *Walter Kasper* und *Ludwig Bertsch*) sowie Beobachter überseeischer Bischofskonferenzen, nationaler Priesterräte, des Europäischen Laien-Forums, der Orden (*Pedro Arrupe SJ* und der General-superior der Redemptoristen, *P. Joseph Pfab*) und der Konferenz der Europäischen Kirchen. Als Vertreter des Vatikans waren der Präfekt der Kongregation für die Bischöfe, Kardinal *Sebastiano Baggio*, und die Sekretäre der Bischofssynode und der Glaubenskongregation, *Ladislaw Rubin* und *Jérôme Hamer*, anwesend. Der päpstliche Vikar für die Diözese Rom, Kardinal *Ugo Poletti*, gehörte der italienischen Delegation an.

Der Tagungsort des Symposiums war das neue Zentrum der Salesianer, das weitab von der Hektik Roms beschaulich am Stadtrand liegt. Schon dieser Umstand mag einen bezeichnenden Unterschied zum letzten Symposium charakterisieren. Ging es damals unter lebhafter — und manchmal lautstarker — Beteiligung vieler Repräsentanten europäischer Priestergruppen um brisante Fragen, wie den Zölibat, die Identitäts-, Autoritäts- und Nachwuchskrise im Klerus und im kirch-

lichen Amt überhaupt, so reflektierten diesmal die Bischöfe — praktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit — über sich selbst.

Wie sich zeigte, waren aber Kirche und Welt in der Aula des „Salesianum“ durchaus präsent, und sowohl in den fünf Sprachgruppen (die, wo immer auf Grund vorhandener Sprachkenntnisse möglich, gemischt-national zusammengesetzt waren) wie auch im Plenum soll es recht lebhaft Diskussionen gegeben haben. Besonders engagiert scheinen diesmal die französischen, italienischen und polnischen Vertreter gewesen zu sein, während die anwesenden Mitglieder der deutschen Bischofskonferenz eher unauffällig blieben (zur bundesdeutschen Delegation gehörten Kardinal *Höffner*, Bischof *Stimpfle*, Weihbischof *Grosse* und Regionalbischof *Tewes*).

Zur Eröffnung der Arbeit hatte Prof. *Jean-Marie Domenach*, Direktor der Zeitschrift „Esprit“ (Paris), die kulturelle Situation Europas skizziert — in Farben, die manchem seiner bischöflichen Zuhörer zu dunkel waren. Er sprach davon, daß das Heraufkommen einer Massenkultur und die Bezweifelung aller tradierten Gewißheiten zu einer Situation geführt hätten, in der zum erstenmal eine Generation keinerlei Beziehung zu Werten hat. Diese möglicherweise als Resignation angesichts des „Supermarkts“ der kulturellen Angebote zu deutende Einstellung habe zur Folge, daß sich die „Entsakralisierung“ zur „Entkulturalisierung“ verbreitert. Bildende Kunst, Literatur und Wissenschaft (vor allem strukturalistischer Provenienz) seien zur Destruktion des Menschen und seiner vorgeblichen Freiheit übergegangen, so daß sich das Christentum plötzlich in der Lage des Verteidigers derjenigen Werte sieht, die früher der Atheismus für sich „gegen Gott“ reklamierte.

Vater oder Diener im Glauben?

Es konnte nicht verwundern, daß vor diesem Hintergrund sowohl in den